

Danziger Zeitung.

№ 18143.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelappten gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Politische Uebersicht.

Danzig, 14. Februar.

Der Sultan von Zanzibar †.

Heute ist uns folgende überraschende Drahtmeldung zugegangen:

Zanzibar, 14. Februar. (M. L.) Der Sultan von Zanzibar ist gestern plötzlich gestorben. Die Leiche wurde Nachmittags zur Stadt gebracht. Die Aerzte Charlesworth vom britischen Consulat und Martin vom Panzerkreuz „Boadicea“ untersuchten den Leichnam und stellten fest, daß die Araber die Definition der Leiche nicht zugegeben. Der Leichnam bietet indessen keinerlei Anzeichen eines unnatürlichen Todes und wird heute Abend beerdigt.

Seyyid Ali, der Bruder des Sultans, ist bereits zum Nachfolger gewählt. Die Stadt ist ruhig.

Der Verstorbene war im Jahre 1888 seinem älteren Bruder Said Borgash in der Regierung gefolgt und hatte am 28. April 1888 mit der deutsch-afrikanischen Gesellschaft den bekannten Vertrag wegen Ueberlassung der Zölle abgeschlossen. Er hat den Vertrag, dessen „schneidige“ Ausführung seitens der Beamten der afrikanischen Gesellschaft bekanntlich die Hauptursache zum Ausbruch der Rebellion wurde, seinerseits ziemlich loyal gehalten, dafür sich aber freilich in den strengnational-arabischen Kreisen wenig Sympathie erworben, und es wäre daher nicht überraschend, wenn der durch die eigenartige Fassung des obigen Telegramms hervorgerufene Verdacht, als sei das Ende des Sultans doch nicht auf ganz natürlichem Wege erfolgt, sich als begründet herausstellen würde. Nähere Aufklärungen bleiben abzuwarten. In den bestehenden Verhältnissen und in den Beziehungen Zanzibars zu Deutschland dürfte wohl kaum eine Aenderung eintreten, wenigstens über die Gesinnung und den Charakter des neuen Sultans zur Zeit noch nichts bekannt ist.

Der Kaiser und die Entstehung seiner Erlasse.

Herr v. Ennen hat in einer Wohltrede in Remscheid berichtet, daß der Kaiser an dem Gesellschaftsabend beim Reichskanzler auf die Bemerkung eines der Eingeladenen, daß alles, was man auch für den Arbeiterstand thue, von diesem doch nicht anerkannt werde, folgende Antwort gegeben:

„Ob wir nun Dank oder Undank für unsere Bestrebungen für die Aufbesserung des Wohles der arbeitenden Massen erhalten, in diesen Bestrebungen werde ich nicht erlahmen. Ich habe die Ueberzeugung, daß diese staatliche Fürsorge uns zum Ziele führen wird, die arbeitenden Massen mit ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen. Jedenfalls geben diese Bestrebungen mir für alles, was wir thun, ein ruhiges Gewissen.“

Diese Aeußerung des Kaisers entspricht durchaus der Auffassung der freisinnigen Partei. Auch die Freisinnigen lassen sich bei ihren Bestrebungen für das Wohl der Gesamtheit ausschließlich von ihren Ueberzeugungen leiten, ohne Rücksicht darauf, ob ihre Bestrebungen anerkannt werden und ob sie ihr Ziel früher oder später erreichen. Deshalb mögen die Wähler sich bei den bevorstehenden Wahlen die Worte des Kaisers zur Richtschnur nehmen und dafür sorgen, daß sie, wie auch das Ergebnis ausfallen mag, ein ruhiges Gewissen haben.

Im übrigen erweisen sich die Zweifel an der Authentizität der in der „Tägl. Rundschau“ gedruckten Enthüllungen über die Vorgeschichte der kaiserlichen Erlasse als gerechtfertigt. Die officiellen „Pol. Nachr.“ bringen nämlich heute an der Spitze folgende Note:

„Von einem Theile der hiesigen Presse wird ganz besonders Aufheben von zwei Artikeln eines hiesigen „nichtpolitischen“ Blattes gemacht, welche sich insbesondere mit der Geneser der kaiserlichen Erlasse vom 1. Februar beschäftigen. Auf die Einzelheiten dieser beiden Artikel einzugehen, halten wir für um so weniger angebracht, als dieselben in orientirten politischen Kreisen, wie wir versichern können, durchaus nicht ernst genommen werden.“

Stadt-Theater.

Das Schauspiel „Böse Jungen“, das gestern zum Benefiz für Frau Staudinger gegeben wurde, ging hier im Herbst 1888, kurz nachdem es entstanden war, zum ersten Mal in Scene. Damals ist es einige Mal mit Erfolg gespielt worden, hat aber seitdem geruht, so daß es heute hier fast als Novität gelten kann. Die Geküßelung der Ratschsucht, die der Titel ankündigt, ist zu allen Zeiten ein beliebter Stoff für die Lustspiel-dichter gewesen. Laube hat diesem Motte in seinem Schauspiel einen so eigenthümlichen Hintergrund in gewissen verrotheten Staats- und Gesellschaftsverhältnissen gegeben, daß es zweckmäßig erscheint, an Ort und Zeit der Entstehung des Stückes zu erinnern. Der vormärzliche liberale Laube hatte sich 1849 von der Politik zum Theater gewandt. Er war im Herbst dieses Jahres nach Wien zur Leitung des Hofburg-Theaters berufen worden und hat diese Stellung achtzehn Jahre lang mit dem glänzendsten Erfolge ausgefüllt, bis ihn 1867 die Ernennung Friedrich Halms (Führer v. Münch-Bellinghaußen) zum Hoftheater-Intendanten zum Rücktritt veranlaßte. Ganz seiner künstlerischen Thätigkeit hingegeben, konnte Laube doch nicht unberührt bleiben von der trostlosen Entwicklung, welche der österreichische Staat in jenen Jahren unter der Leitung gänzlich unfähiger eudaler Staatslenker

Schließlich wendet das officiöse Organ auf diese journalistische Leistung den bekannten Ausspruch an: Was Wahres in den Artikeln enthalten ist, ist nicht neu, und was darin neu ist, ist nicht wahr.

Die „Partei Hammerstein“ — eine wahltaktische Erfindung.

Die angeblich zuverlässige Meldung der „Adriatischen“ und anderer Zeitungen, daß Freiherr v. Hammerstein beabsichtigt, falls er in Bielefeld gewählt würde, mit dem äußersten rechten Flügel der conservativen Partei aus dieser auszuscheiden und mit dem conservativ-agrarischen Flügel des Centrums eine neue Partei zu gründen, die im Reichstage gewissermaßen das Jünglein an der Wage bilden sollte, gehört offenbar in das Gebiet wahltaktischer Erfindungen. Daß es in der conservativen Partei sowohl wie im Centrum eine Anzahl Mitglieder giebt, die unter Umständen geneigt wären, gegen das Cartell in seiner bisherigen Gestalt und namentlich gegen das Zusammengehen mit den Nationalliberalen zu wirken, ist zur Genüge bekannt. Aber für eine Spaltung des Centrums, die doch die Voraussetzung für die neue Hammerstein'sche Partei sein würde, haben die Centrumsmitglieder bisher wenig Neigung gezeigt. Vor allem wird man sich hüten müssen, Herrn v. Schorlemer-Alst in diese Combination hineinzuschieben. Daß Freiherr v. Schorlemer nach dem Ableben des Freiherrn v. Franchenstein das Bedürfnis empfunden hat, die Lücke, welche durch diesen Verlust des Centrums entstanden ist, halbwegs auszufüllen und dem Einfluß des Abgeordneten Windthorst Schranken zu ziehen, versteht man zur Genüge. Das gesunde Frohwitter, von dem neuerlich ein clericales Blatt sprach, welches die Gesundheit des Herrn v. Schorlemer wiederhergestellt haben sollte, ist an dem Entschluß desselben, ein Mandat wieder anzunehmen, sicherlich unschuldig gewesen.

Aus dem Schweißen der „Arenztig.“ über die dem Herrn v. Hammerstein untergeschobene Absicht wird man keinerlei Schlüsse ziehen dürfen. Bei seiner Candidatur in Bielefeld ist Freiherr v. Hammerstein, sei es in der ersten, sei es bei der Stichwahl, auf die Unterstützung wenigstens eines Theils des Centrums angewiesen. Das würde zur Genüge erklären, daß er die über seine Stellung zum Centrum verbreiteten Gerüchte unwidersprochen läßt.

Ein Socialpolitiker über das Socialistengesetz.

Professor Schmoller, einer der eifrigsten wissenschaftlichen Vorkämpfer der Socialpolitik des Reichskanzlers, hat kürzlich sein Urtheil über das Socialistengesetz in folgenden Worten zusammengefaßt:

„Das Gesetz“, sagte er in einer Vorlesung, „hat der weiteren, sichtbaren Ausdehnung einer wüsten revolutionären Propaganda ein Ziel gesetzt, hat die socialdemokratische Partei an ein maßvolleres Auftreten gewöhnt, andererseits freilich den extremsten Theil der Partei in eine anarchische Mob- und Verwüsterbande verwandelt und den übrigen Theil derselben eine Heiligkeit gelehrt, die nicht wünschenswert ist.“

Das „Berl. Tagebl.“ bemerkt dazu, wenn die Annahme von der Gegnerschaft des Kaisers gegen das Socialistengesetz officiell bekräftigt würde, dann würden dessen Freunde wohl bald in einer drohischen Lage finden. Sehr richtig! Wenn aber die Regierung in der nächsten Session von neuem ein dauerndes Socialistengesetz fordert, so werden die Cartellparteien trotz alledem für die Verewigung der von Herrn Schmoller durchaus zutreffen be- „Ansehen“ zu stimmen.

Zur Steuerreformfrage

schreibt uns unser Berliner „Correspondent“:

Durch die Veröffentlichung der kais. Erlasse zur Arbeiterfrage ist die Aufmerksamkeit der politischen Kreise von den Aeußerungen abgelenkt worden, welche der Reichskanzler bei der Unterhaltung beim Reichstag bezüglich seiner Auffassung der Steuerreformfrage gethan hat. Minister v. Scholz hat sich zwar im Abgeordnetenhaus bemerkt, irgend welche Aufklärungen über die Absichten der Regierung zu geben, indessen hat die Ueberzeugung, mit der er die Erklärung der Conservativen aufgenommen hat, daß sie eine Ver-

nahme, die keine anderen politischen Mittel anzuwenden wußten, als die, mit denen Metternich vollständig Bankrott gemacht hatte. Dieser reactionären Politik, welche schon 1859 den unglücklichen Ausgang des italienischen Krieges verursacht hatte, machte erst die Niederlage in dem deutsch-österreichischen Kriege von 1866 ein Ende. Die unfähigen Staatslenker jener Reactionzeit hatten die geistig hervorragende Kraft eines bürgerlichen Kaufmanns, Brucks, des Gründers des österreichischen Clonds, in ihre Dienste gelockt, indem man dem Ehrgeizigen mit dem Freiherrntitel eine Ministerstelle übertrug und ihn zu wichtigen handelspolitischen Missionen verwandte. Freiherr v. Bruck sollte namentlich die gänzlich heruntergekommenen Creditverhältnisse des Staates heben, was ihm aber trotz aller Anstrengung nur theilweise gelang. Seine Vorschläge, die Staatsverwaltung im constitutionellen Sinn zu reformiren, blieben unbeachtet. Eine mißglückte Finanzoperation nach dem italienischen Kriege veranlaßte ihn, Anfang 1860 seine Entlassung zu fordern, welche ihm in ungnädiger Weise ertheilt wurde. Dies zog sich Bruck so zu Gemüthe, daß er sich tödtete. Dieser Selbstmord gab nun bequeme Gelegenheit, die Sünden Anderer auf den unglücklichen Staatsmann abzuwälzen, und es hat mehrere Jahre gedauert, ehe das Andenken des Ministers Bruck von allen den Verdächtigungen, die man auf denselben gemworfen, völlig gereinigt worden ist.

bindung der Einkommensteuerreform mit der Frage der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände nicht wünschend, erkennen lassen, daß nach der Auffassung des Herrn v. Scholz die Regierung eine solche Verbindung beider Materien wünsche. Ueber die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer aber hat sich Fürst Bismarck nicht geäußert. Soweit bisher der Inhalt seiner Bemerkungen bekannt geworden ist, beschränkt er sich darauf, für den Wegfall der Communalzuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer einzutreten. Daß bei der Einkommensteuerreform das Renteneinkommen, oder, wie der Reichskanzler sich ausdrückte, das Einkommen vom arbeitslosen Gewinn oder das Arbeiten mit der Couponschere, wie er sich früher ausdrückte, höher besteuert werden müsse, als das unsichere Einkommen, knüpft an die Vorlage von 1883 wieder an. Der vorjährige Scholz'sche Entwurf hatte, so viel bekannt, diesen Vorschlag nicht wieder aufgenommen. Was Fürst Bismarck unter der Declarationspflicht versteht, ist durch seine Nachsichtserklärungen auch nicht deutlich geworden. Um so schärfer aber tritt der Widerspruch gegen eine progressive Einkommensteuer hervor, die er wenigstens bei den höheren Einkommen als eine Confiscation des Eigenthums charakterisirte.

Die Auslassungen des Reichskanzlers haben überall den Eindruck hervorgerufen, als ob die in der Thronrede in Aussicht gestellte Vorlage sich in der That noch in den ersten Stadien der Ausarbeitung befindet.

Die Schweiz und die internationale Arbeiter-Schutzconferenz.

Nach Pariser Meldungen erwartet man dort, daß die Schweiz ihre unter dem 5. Februar versandte Einladung zu der internationalen Arbeiterschutzconferenz zurückziehe. Dazu scheint man indeß in Bern wenig geneigt zu sein. Der Berner „Bund“, der bekanntlich der schweizerischen Regierung nahe steht, nimmt von der in den deutschen Zeitungen ausgesprochenen Erwartung, daß eine Verständigung Deutschlands mit der Schweiz über ein einheitliches Zusammengehen zu Stande komme, allerdings Noth, fügt aber dann hinzu: „Die Schweiz hat die auswärtigen Staaten auf den 5. Mai d. J. zu einer Conferenz nach Bern eingeladen, sie muß die Antwort der Geladenen abwarten und kann letztere nicht an eine andere Adresse weifen. An Deutschland wäre es, ihr die erste Conferenz von Fachleuten oder eine Specialconferenz einzuräumen. In Berlin könnte die zweite, eine diplomatische oder eine Specialconferenz für die Arbeitenden in Bergwerken abgehalten werden.“ Die Schweiz werde in jedem Fall, so viel an ihr liege, aus der Etiquettenfrage kein Aufhebens machen und weder Empfindlichkeiten noch Eifersüchteleien Raum geben. Immerhin, bemerkt der „Bund“, sei die Schweiz auch unparteilicher in der Erörterung solcher Fragen, sie habe eine „nationale Arbeiterschutzgesetzgebung und sei weder von der Arbeiterbewegung irgend wie in ihrer Existenz bedroht, noch habe sie eine Krone zu beschützen oder zu retten. Ueberdies seien die kleineren Staaten oft mißtrauisch gegen internationale Conferenzen, weil sie fürchteten, daß die großen (Staaten) auf Grund internationaler Abmachungen späterhin in ihre inneren Verhältnisse hineinreguliren könnten oder möchten. So lange die Schweiz die Verhandlungen führe, dürften sich in dieser Richtung alle Länder beruhigen.“

In der belgischen Deputirtenkammer

wollte in der gestrigen Sitzung der Abgeordnete Janson über den an den Kriegsminister gerichteten und von dem General van der Smitten vor den Truppen verlesenen Bericht interpelliren, in welchem der General die Absehung des Bürgermeisters und des Polizei-Commissars in Lachen verlangt, weil dieselben in ihrem an den Gouverneur von Brabant erstatteten Berichte auf die mangelhafte Art hingewiesen hätten, mit welcher die Grenadiere von Lachen das Rettungswerk bei dem Brande des königl. Schlosses organisirten hätten. Janson sprach sich sehr lebhaft gegen ein

Augenscheinlich hat Laube die Geschichte des Ausganges Brucks als Vorwurf für die „Bösen Jungen“ benutzt, wahrscheinlich nicht allein als Dichter geleitet von der Rücksicht, einen künstlerisch verwendbaren Stoff zu erhalten, sondern zugleich als Mensch interessirt, das Andenken Brucks zu rehabilitiren. Laube selbst urtheilt über das Stück in der Vorrede zu der Buchausgabe: „Ich mache gar keinen Anspruch auf besonderen literarischen Werth des Stückes. Ich lege nur einiges Gewicht auf den Weg, den es einschlägt, um lebensvolle Dramen zu finden für unsere Bühne. Es ist ein rother Wurf, der für das Theater auffallend gelungen und der nur darin eine Bedeutung hat. Als literarisches Kunstwerk hat es sich sehr bescheiden unterzuordnen.“

Im ganzen wird man dieser Selbstkritik beistimmen müssen: ein großes Kunstwerk hat Laube hier nicht gegeben, auch nicht zu geben beabsichtigt. Das Stück leidet, wie sonst in der Regel die Bühnenbearbeitungen der Romane, an einem Uebermaß des Erzählens geschwehener Dinge; aber trotzdem verleugnet sich nirgends der Bühnenpraktiker Laube, der höchst spannende Scenen mit sehr lebendigem Fortgang und sehr wirksame Aufschlüsse herbeizuführen weiß. Die Bösewichter sind ziemlich grell, aber immerhin packend gezeichnet. Das Stück hat eigentlich keine unbekannte Rolle und von originellem Gepräge sind ein paar Figuren, — wie der schüchterne, aber so es darauf ankommt, sehr energische

solches Vorgehen des Generals aus. Der Finanzminister Beernaert erblende, er finde den Bericht des Bürgermeisters ebenfalls seltsam, und verlangte Hinausschiebung der Interpellation, damit er zunächst Kenntniß von den Akten nehme. Die Interpellation wurde daraufhin auf 8 Tage verschoben.

Der Herzog von Orleans und der Erzherzog Johann von Oesterreich.

Der rühmlichst bekannte Mediziner Dr. Mare hat an den Herzog von Orleans einen bemerkenswerthen Brief gerichtet, der in französischen Blättern veröffentlicht wird. Es heißt in dem Schreiben:

„Wenn es Ihnen aufrichtig darum zu thun ist, die Uniform des französischen Soldaten zu tragen und seine Majestät zu theilen, so können Sie dieser Ehre sehr leicht theilhaftig werden. Sie brauchen es nur dem Erzherzog Johann von Oesterreich nachzumachen, auf Ihre Ständesvorrechte und die Ansprüche auf den Thron zu verzichten und Sie werden jedem Franzosen gleichgestellt sein. Dann werden Sie auch ein Recht haben, sich auf den Wahlprüfungs zu berufen, der unseren öffentlichen Denkmälern als Inschrift dient.“

Das ist ein probater Rath; aber wir bezweifeln, daß der junge Orleansensproß dem rühmlichen Beispiele des Habsburgers folgen wird. Er will ja dereinst „Roi“ werden, und wo blühte dann die ersehnte Krone?

Uebrigens sind die vorgestern Nachmittag verhassten Manifestanten sämmtlich im Laufe des Abends wieder in Freiheit gesetzt worden. Der Herzog von Orleans soll, wie es heißt, seinen Vertheilern erklärt haben, daß er gegenüber dem gestrigen Urtheil auf eine Appellation verzichte.

Möglichkeit einer englisch-italienischen Expedition im Sudan.

Der Mitarbeiter der „St.-Corresp.“ in London schreibt vom 11. Februar: Wie verlautet, werden die Pourparlers zwischen dem hiesigen und dem römischen Cabinet in betreff einer gemeinsamen englisch-italienischen Expedition im Sudan fortgesetzt. Die erste Anregung hierzu dürfte von dem hiesigen Auswärtigen Amte ausgegangen sein, welches Lord Dufferin damit betraute, sich deshalb mit Herrn Crispien ins Einvernehmen zu setzen. Indessen scheint eine solche Verständigung noch in weiter Ferne zu stehen. In Italien denkt man nämlich dann, nachdem man Menelik geholfen hat, von seinen Feinden zu befreien, einen italienischen General an die Spitze des 30-40 000 Mann zählenden spanischen Heeres zu stellen. Mit dieser Armee ließe sich, wenn sie sich auf die italienischen Truppen in Afrika stützt, immerhin ein Marsch auf Khartum unternehmen. Im Foreign Office wünscht man allerdings die Leistung der Expedition England anvertraut zu wissen, das sich auch die aus derselben resultirenden eventuellen Vortheile gewahrt wissen möchte; und hierin liegt die Schwierigkeit, sich über eine Cooperation zu verständigen. Indessen soll, wie verlautet, der italienische Kriegsminister General Bertoldi Dale einer führenden Rolle Englands bei dieser Expedition nicht ganz abgeneigt gewesen sein.

Die ganze Meldung klingt freilich etwas abenteuerlich und ist wohl nur mit Reserve aufzunehmen.

Stanleys wahre Absichten.

Die Rede, welche Stanley vor einiger Zeit bei dem ihm zu Ehren gegebenen Bankett in Kairo über seine Expedition zur Befreiung Emin Paschas gehalten hat, läßt keinen Zweifel darüber, daß das Stanley'sche Unternehmen von vorn herein die Befreiung Emin Paschas nur als Vorwand benutzte und daß es im Grunde darauf abgesehen war, Emin Pascha unter englischen Einfluß zu bringen, wenn es ihm gelang, sich in Wadelai zu behaupten. Stanley hat zwar diese Absicht nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber er erwähnt, daß die ägyptische Regierung nicht gewillt gewesen sei, dauernd die Kosten für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft in Wadelai zu bewilligen. Sie habe sich nur bereit erklärt, für die Befreiung Emin Paschas einen einmaligen Zuschuß von 10000 Pfd. zu geben. Wenn also Stanley in der Lage war, Emin Pascha, falls er bleibe, ein jährliches Gehalt

Gottfried v. Mach und der Rentier Soda, der das Splendore und Alacken nur als dilettantische Passion, ohne böse Absicht, aber darum doch mit nicht minder bösem Erfolg betreibt.

Der gestrigen Darstellung gelang es sehr gut, die starke Wirkung des Laube'schen Stückes zu zeigen. Frau Staudinger — als Beneficentia mit einer Fülle von Blumen und Kränzen begrüßt — verlieh der Frau v. d. Straß die Würde und imponirende Dornenheit, welche die Partie fordert, und brachte ihre Scenen, namentlich die hochdramatische Schlüsselszene des 2. Aktes, zur vollen Geltung. Fräulein Bruck stand ihr als geistverwandte Tochter Minna würdig zur Seite; in den kleinen Partien befreundeten Fräulein Schenk (Hertha) und Fräulein Brand (Charlotte) durchaus und Frau Staudinger traf den bürgerlichen Ton der Frau Mach nicht übel. Hr. Hofmann (Ferdinand v. Mach), Herr Remond (Gottfried v. Mach) führten ihre Partien vortrefflich durch. Die Schattengestalten des Stückes wurden von den Herren Stein (Baron Meno), Weidlich (Rath Fischer), Wang (Soda) und Sieghardt (Pranger) charakteristisch und ohne Ueberreibung gegeben, während die Vaterpartien des Präsidenten v. Jech, des Generals v. Jech und des Christoph v. Mach durch die Herren Mathes, Böhm und Kraft angemessen vertreten waren.

* Dem Arreste Hühnerhausen ist zur den Bau eines
Chaussees vom Bahnhofe Gernau der Eisenbahn Hüh-
nerhausen-Dalmaniden nach Kirpnehen das Recht zur Er-
hebung von Chausseegeld verliehen worden.

* An Stelle des in den Ruhestand getretenen Land-
gerichtsraths Köhler ist der Amtsrichter Rueter in
Hesse zum Landrichter beim Landgericht in Elft er-
nannt worden.

□ Bremen, 13. Febr. In der heutigen Stadt-
verordnetenversammlung wurde unser neuer zweiter Bürger-
meister, Gerichts-Assessor Milbe, durch den Stadtrat
Franken im Auftrage der k. Regierung in Vertretung

107.10	Frankische Banknoten	81.25
205.10	Oesterreichische Banknoten	171.80
262.50	Russische Banknoten	220.85
115.19		

Druck und Verlag
von A. W. Reinemann in Berlin